

Kopernikus im Nebel

Handelskammer: Regierung muss Budgetsanierungsmaßnahmen durchziehen

LUXEMBURG Eine „kopernikanische Revolution“ hatte der Finanzminister und frühere Generaldirektor der Handelskammer, Pierre Gramagna, Anfang 2014 beim Umgang mit den unbedingt zu sanierenden Staatsfinanzen angekündigt.

„Kopernikus hat wohl ein wenig Verspätung“, lautete gestern die Diagnose von Handelskammerdirektor Carlo Thelen bei der Vorstellung des Gutachtens zum Staatshaushaltentwurf 2016. Die „Chambre de Commerce“, die zwar die Mehrjahresplanung der Staatsfinanzen begrüßt, bemängelt, dass die Zahlenlage immer noch zu undurchsichtig und zu unpräzise sei und die Erklärung der Beweggründe für eine Reihe von Erklärungen unzureichend seien. Die Handelskammer stört aber vor allem, dass die Regierung von ihren eigenen Konsolidierungsvorgaben abrückt. Sei noch Ende 2013 von Sanierungsmaßnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro bis Ende 2018 die Rede gewesen, so werde heute von



Warnt vor einer Lockerung der Bemühungen: Direktor Carlo Thelen

Foto: Editpress

842 Millionen Euro bis Ende 2019 gesprochen. Das könnte für die „Chambre de Commerce“ „eine Gefahr für das luxemburgische Modell darstellen“. Zudem die konjunkturellen und strukturellen Risiken für die Staatsfinanzen alles andere als gebannt seien. Selbst

wenn die derzeitigen Wachstumswahlen Anlass zu Optimismus geben, sei eine Abkühlung der Weltkonjunktur in den kommenden Jahren nicht auszuschließen, führte Carlo Thelen aus.

Anders als nach der Weltwirtschaftskrise 2008 gebe es dann wenige Instrumente, um dem etwas entgegen zu setzen. Die Zentralbanken, die ihren Leitzins bereits auf ein historisch niedriges Niveau abgesenkt haben, könnten kaum mehr eingreifen, um die Konjunktur wieder anzukurbeln. Wie sich der luxemburgische Finanzplatz im neuen internationalen Steuerumfeld entwickle, sei auch noch nicht abzusehen. Zudem sei die Nachhaltigkeit der Sozialversicherungssysteme alles andere als gegeben. Die Kammer, für die die Staatsfinanzen eigentlich mittelfristig einen strukturellen Überschuss von 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufweisen müssten statt der angepeilten 0,5 Prozent, rät somit zu größter Vorsicht.

Auf jeden Fall müssten die von der Regierung aufgestellten Konsolidierungsmaßnahmen durchgezogen werden. Wie seit einigen Jahren schon hat die „Chambre de Commerce“ auch diesmal eine Reihe von Einnahmensteigerungs- und Ausgabenreduzierungsempfehlungen bereit. So sollen verschiedene Steuerabschläge von 2017 bis 2019 um die Hälfte gekappt und die Grundsteuer verdreifacht werden. Das würde für etwa 150 Millionen Euro Entlastung sorgen. Des weiteren würden unter anderem die Abschaffung der „Mammerent“, die Abbremsung der Gehälterprogression und der Einstellungen im öffentlichen Sektor, die Reduzierung der Rentenanpassung an die Gehälterentwicklung, die Begrenzung der Gemeindefinanzierung und die Reduzierung der Militärausgaben 450 Millionen Euro bis 2019 einsparen helfen.

CLAUDE KARGER